

Gerhard Dilschneider  
Eberhardtstr. 41  
89073 Ulm  
e-mail: dilschneider@gmx.net

den 4. Dezember 2018

### Offener Brief

Herrn  
Dekan Thomas Schalla  
Evangelisches Dekanatsamt  
Reinhold-Frank-Straße 48  
76133 Karlsruhe

Betr.: Absage der Veranstaltung mit Herrn Andreas Zumach am 6.12.2018 in Karlsruhe

Sehr geehrter Herr Dekan Schalla,

den seit langer Zeit von der Fachbereichsleitung *junge alte* geplante Vortrag mit Herrn Andreas Zumach, Genf, am 6.12.2018 wurde kurzfristig von Ihnen als dienstaufsichtsführende Person abgesagt.

Die zuständige Fachbereichsleiterin, Frau Weiß, informiert den Referenten, Herrn Andreas Zumach, am 21.11.2018 über diese Absage indem sie schreibt:

"Von der dienstaufsichtsführenden Ebene der Evangelischen Kirche in Karlsruhe sind wir gebeten worden, Ihren Vortrag abzusagen. Im Interesse des hier gewachsenen nahen Miteinanders im christlich-jüdischen Dialog sind wir dem nachgekommen und haben Ihren Vortrag abgesagt."

Dem Referenten, Herrn Zumach, schreiben Sie am 28.11.18: "Ich habe die Absage der Veranstaltung angeordnet, weil ich Schaden für das Verhältnis zwischen Evangelischer Kirche und der Jüdischen Kultusgemeinde Karlsruhe abwenden möchte" und Sie müssen "zur Kenntnis nehmen, dass ausweislich der offiziellen Stellungnahme von Seiten der Jüdischen Kultusgemeinde eine ernsthafte Störung des Verhältnisses in Karlsruhe eine wahrscheinliche Folge der Veranstaltung in der Evangelischen Erwachsenenbildung gewesen wäre." Weder wollen Sie, Herr Dekan Schalla, "die Wahrnehmung Ihrer Person (gemeint ist Andreas Zumach) von Seiten der Jüdischen Kultusgemeinde ... kommentieren" ... noch wollen Sie ... "beurteilen, ob und in welchem Umfang diese Wahrnehmungen berechtigt sind." Als Nachschlag schreiben Sie: "...auch mir tut die Absage weh - ich halte offene Diskussionen in der Regel für sachgemäßer als nicht miteinander zu sprechen."

Sehr geehrter Herr Dekan Schalla, ich möchte hiermit zum Ausdruck bringen, dass ich Ihre Entscheidung in keiner Weise nachvollziehen kann. Ich habe 10 Jahre als Geschäftsführer einer evang. Bildungseinrichtung gearbeitet und bin ziemlich geschockt, daß Sie offensichtlich selbstherrlich und ohne inhaltliche Auseinandersetzung - sowie ohne eine plausible und nachvollziehbare Begründung zu geben - in die Autorität des Programmbeirats der EEB eingegriffen haben, obwohl die Veranstaltung schon Monate lang geplant war. Die ist schon ein sehr ungewöhnliches Vorgehen.

Die "Störung des Verhältnisses..." läßt für Spekulationen viel Raum, so daß der Leser/die Leserin Ihrer Erklärung sich mit dieser Absage inhaltlich überhaupt nicht auseinandersetzen kann.

Ihre pauschalen Wortwahl hilft leider in keiner Weise der Diskussion über Ihren Beschluss weiter.

Ich beschäftige mich mit dem in Frage kommenden Thema seit Jahren, habe mehrmals Israel und Palästina besucht, stehe in engem Kontakt mit vielen Personen und Ereignissen dort und kenne Herrn Zumach seit Jahren persönlich. Er war schon oftmals in Ulm und hat zu verschiedenen Themen vor sehr interessiertem Publikum ohne Störungen kompetent referiert, war klar in seinen Aussage, hat sich aber niemals im Ton vergriffen. Die folgende Beurteilung von Kirchenrätin Annegret Brauch über Herrn Zumach kann ich voll unterschreiben: "...auch ich schätze seit vielen Jahren seine Expertise, seine Klarheit und profunde Analyse, sein Engagement für Frieden und Gerechtigkeit, seine Unerschrockenheit." Trotzdem stützt sie seltsamer Weise Ihre Entscheidung.

Das von Herrn Zumach in seinem Schreiben vom 28.11.2018 geäußerte Unverständnis zu der Absage kann ich uneingeschränkt voll nachvollziehen.

Erlauben Sie mir deshalb folgende Bemerkungen zu Ihrem Vorgehen.

1.) Als Dekan und leitender Mandatsträger der Evang. Kirche in Baden verletzen sie vorsätzlich den Art. 5 des GG der Bundesrepublik Deutschland (Zitat):

"Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten...Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei."

Mit Ihrer Maßnahme, die Veranstaltung und ihren Träger zu zensieren und mit einem fadenscheinigen Argument den Termin zu verbieten, begründen Sie in keiner Weise, warum Sie diesen GG-Artikel ausser Kraft setzen. Oder hat dieser Artikel in der evangelischen Kirche keine Geltung und kann nach Gutdünken mißachtet werden? Zumal Sie doch selbst betonen "ich halte offene Diskussionen in der Regel für sachgemäßer als nicht miteinander zu sprechen." Wie verträgt sich diese Ihre Aussage mit der von Ihnen getroffenen Maßnahme?

2.) Leider erwähnen Sie mit keinem Wort, mit welchen Anschuldigungen, Fakten oder Verdächtigungen Sie von der Jüdischen Kultusgemeinde konfrontiert wurden, die dann bei Ihnen offensichtlich zur Absage geführt haben. Mit diesem Mangel an Transparenz entziehen Sie sich der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Fachbereichsleitung, die für die Veranstaltung die politische Verantwortung trägt und ziehen selbstherrlich formal die Karte der "dienstaufsichtsführenden" Ebene. Die von allen Beteiligten erwünschte Transparenz des Vorganges und seiner inhaltlichen Auseinandersetzung wird Ihrer Zuständigkeit Kraft Amtes geopfert, um vom "Erscheinungsbild der Evangelischen Kirche in Karlsruhe" Schaden abzuwenden. Welchem 'Erscheinungsbild' wollen Sie Referenz erweisen?

3.) Sie haben eine "Güterabwägung vorgenommen und zu diesem Zeitpunkt dem Verhältnis zu unseren Geschwistern in der jüdischen Kultusgemeinde den Vorrang gegeben." Sie betonen ausdrücklich, daß die "Kritische Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik Israels genauso möglich [ist] wie die kritische Auseinandersetzung mit jeder anderen Regierungspolitik auf der Welt." Nur eben jetzt nicht. Denn so argumentieren Sie "Es ist aber fraglich, ob diese Auseinandersetzung ausgerechnet jetzt und ausgerechnet von Einrichtungen der evangelischen Kirchen geführt werden muss. Um des - auch für unser eigenes Selbstverständnis zentrales - enges Miteinanders von Christen und Juden halte ich es für richtig, hier in Demut einen Schritt zurückzutreten."

Kann das wirklich Ihre ehrliche Überzeugung sein, wegen des lieben Friedens Willen, die offensichtlichen und international bestens dokumentierten schweren Probleme für die palästinensische Bevölkerung in der Westbank, in Gaza aber auch in Israel selbst einfach aus dem Dialog auszuklammern? Welche Qualität und inhaltliche Substanz bleibt dann eigentlich in dem von Ihnen so wertgeschätzte christlich-jüdische Dialog dann noch übrig? Gehen uns die massiven und systematischen Verletzungen von Menschen- und Völkerrecht in Israel und Palästina als Christen denn überhaupt nichts an?

Ich frage Sie, vom wem denn sonst muss diese Auseinandersetzung gerade jetzt geführt werden? Haben wir mit den Problemen im Nahen Osten hier rein gar nichts zu tun? Dieses in "Demut einen Schritt zurückzutreten" überläßt Personen, wie Frau Rosenberg und der vom Staat Israel und seinen willigen Helfershelfer unterstützten Kampagne in Deutschland das Feld (auch als 'Antisemitismuskeule' bezeichnet) und vergiftet bereits im Vorfeld eine auch von Ihnen selbst gewünschten "kritische Auseinandersetzung". Auch in Ulm gab es im Vorfeld solcher Veranstaltungen entsprechende Drohungen, denen wir aber aus guten Gründen nicht nachgegeben haben.

Der christlich-jüdische Dialog, entstanden in der Nachkriegszeit war unumgänglich und notwendig, um das Verhältnis zwischen Christen und Juden in unserem Lande auf eine neue Ebene zu stellen. Es wäre aber sträflich und völlig am Thema vorbei, wenn dieser in seinem Ansatz religiöse Dialog unter Absehung der historischen und aktuellen politischen Vorgänge und Geschehnisse in Israel/Palästina um des lieben Friedens Willen nicht nur vor Ort in Karlsruhe ausgeklammert würde.

Wie kann heute mit Juden ein Dialog geführt werden angesichts der Tatsache, dass das Judentum in Israel zur Staatsreligion erklärt wurde? Marc Ellis, der jüdische Befreiungstheologe, führte den Begriff des konstantinischen Judentums ein. *"Die konstantinische Wende ist in der Geschichte des Christentums die Entwicklung von einer kleinen jüdischen Sekte zu einer Staatsreligion.... Religion und politische Macht gingen Hand in Hand....Ich glaube, wir haben heute auch ein konstantinisches Judentum ...und [es] ist eine Assimilation an die Macht und den Staat. Im konstantinischen Judentum hat Israel immer recht, ist immer bedroht, belagert von unzivilisierten Arabern, in denen sich die Nazis reinkarnieren...und jeder, der Israel und die Außenpolitik ...kritisiert, ist auf der falschen Fährte und wahrscheinlich antijüdisch."* (Junge Kirche

3/14, S. 49). Können Sie diese Tatsache in Ihrem christlich-jüdischen Dialog einfach ausklammern?

4.) Als wichtiges Element und unabdingbar für die Auseinandersetzung für Christinnen und Christen und die deutschen Kirchen gehört in diesen Dialog das Kairos Palästina Dokument\* (KD) von 2009, ein Zeugnis "Aus der Mitte des Leidens" von Christinnen und Christen aus Palästina, in dem es in der zentralen Aussage heißt: "*Könnt ihr uns helfen, unsere Freiheit zurück zu erlangen?*" Angesichts der Botschaft dieses Dokuments können wir nicht mehr unsere Augen vor den jahrzehntelangen systematischen Verletzungen von Menschen- und Völkerrecht der israelischen Regierung gegenüber der palästinensischen Bevölkerung verschließen, die ihnen Freiheit und Selbstbestimmungsrecht vorenthält. Israel benutzt absichtsvoll und von der internationalen Völkergemeinschaft bis heute ungestraft das politische Instrument der 'Apartheid', vor einigen Wochen nun auch rechtlich fixiert in einem Nationalitätengesetz (oder "Gesetz der Nation") und offiziell vom Parlament verabschiedet.

In dem genannten KD - Dokument der palästinensischen Christen beziehen sich die Autoren auf den Wortlaut des Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshof von 2002, der das "*Verbrechen der Apartheid*" als "*unmenschliche Handlung*" definiert "*die von einer rassistischen Gruppe im Rahmen eines institutionalisierten Regime der systematischen Unterdrückung und Beherrschung einer oder mehrerer anderer rassistischer Gruppen in der Absicht begangen wird, dieses Regime aufrecht zu erhalten.*" Vor diesen und andere Fakten vor Ort, die die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser tag-täglich schwer beschädigen und ihnen das Lebensrecht absprechen, können wir nicht unsere Augen verschließen und "vor Demut zurücktreten". Wir müssen diese Tatsachen ehrlich zur Kenntnis nehmen, denn die Diskussion um diesem Problem gehört auch und gerade in den christlich-jüdischen Dialog. Es ist angesichts der verzweifelten Lage der palästinensischen Bevölkerung vor Ort unabdingbar, dass "Diese Auseinandersetzung ausgerechnet jetzt und ausgerechnet von Einrichtungen der evangelischen Kirchen geführt werden" muss! Bereits zu lange verweigern sich kirchliche Amtsträger auf allen Ebenen bis in die Leitung der EKD hinein weitgehend dieser Auseinandersetzung. Gerade jetzt gilt es nicht in "Demut einen Schritt zurücktreten", sondern mutig, standhaft und informiert auch um der Zukunft Israels und der Palästinenser Willen die Probleme anzusprechen und sich mit ihnen hier und heute auseinandersetzen.

Ich erlaube mir, Ihnen einen Begleiter durch den Advent "Christfest 2018" beizulegen, der von palästinensischen Christinnen und Christen verfaßt wurde und uns zum Nachdenken und zur Ermutigung in dieser Zeit der Besinnung begleiten soll.

Ich erhoffe und wünsche mir, dass mit Ihrer Autorität und unter Ihrer Leitung dieser dringend benötigte Dialog auch unter Einbeziehung israel-kritischer Positionen bald auch in Karlsruhe möglich sein wird.

Mit freundlichen Grüßen

\* das Kairos Palästina Dokument wurde im Aphorisma Verlag, Berlin (info@aphorisma.eu) veröffentlicht

cc. Landesbischof Prof. Dr. Cornelius-Bundschuh